



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Faulenstraße 14-18 28195 Bremen
Björn Fecker
Senator für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Kai Mües
Zimmer 4.15
Tel. (0421) 361 32895
Fax (0421) 496 2215
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05 Mü/sch

Bremen, 11. Dezember 2025



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2026

Sehr geehrter Herr Fecker,

wir bedanken uns für die Übersendung der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2026 und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass der Senat auch im kommenden Jahr das Angebot an Ausbildungsplätzen im bremischen öffentlichen Dienst - bei geringen Verschiebungen zwischen einzelnen Ausbildungsgängen - auf hohem Niveau fortschreiben will. Positiv hervorzuheben ist, dass im nächsten Jahr erstmals Ausbildungsplätze für Werkfeuerwehreute besetzt werden sollen. Wir sind zuversichtlich, dass damit zusätzliche personelle Potenziale für die Feuerwehr erschlossen werden können.

Hingegen bedauern wir außerordentlich, dass die praxisintegrierte Erzieher:innenausbildung PiA - wie vom Senat mit seinen Haushaltseckwerten beschlossen - abgeschafft werden soll. Die mit PiA geschaffene Möglichkeit einer durchgängig sozialversicherungspflichtigen Erzieher:innenausbildung war ein wichtiger Fortschritt. Der Gesamtpersonalrat hätte es daher für richtig befunden, die schulischen Anteile der PiA neu und wirtschaftlicher zu organisieren, ohne die Grundidee zu verwerfen.

Nach wie vor sehen wir in der eigenen Ausbildung für die vielfältigen im öffentlichen Dienst benötigten Berufe eine der zentralen Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit des bremischen öffentlichen Dienstes. Die mit der Senatsvorlage vorgesehenen Einstellungszahlen erscheinen dafür weitestgehend angemessen. Dennoch befürchten wir, dass diese Planungen erneut vielfach nicht umgesetzt werden können.

Schon in den vergangenen Jahren haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die angebotenen Ausbildungsplätze in vielen Berufen nicht oder kaum besetzt werden konnten. Wir befürchten, dass auch 2026 keine Besserung zu erwarten ist, zumal viele andere öffentliche

Arbeitgeber mittlerweile offensiv mit attraktiven Bedingungen um Auszubildende werben. Die Freie Hansestadt Bremen hingegen lockt weder mit einem Zuschuss zum Firmenfitnessprogramm noch mit personalisierten digitalen Endgeräten. Noch immer gibt es für die meisten Auszubildenden nicht einmal eine eigene dienstliche E-Mail-Adresse. Das ist unter Datenschutzgesichtspunkten höchst problematisch und insgesamt völlig unzeitgemäß.

Für eine gute Ausbildung ist auch das Engagement der Ausbilder:innen und Anleiter:innen unerlässlich. Bremen verlässt sich nach wie vor darauf, dass ausreichend Kolleg:innen diese anspruchsvolle Aufgabe aus Überzeugung übernehmen, ohne zusätzliche Anreize und Benefits. Wir danken den vielen Kolleg:innen im bremischen öffentlichen Dienst, die sich aus Überzeugung mit viel Herzblut und hoher Motivation für gute Ausbildung einsetzen. Zugleich sind wir aber auch besorgt, dass diese hohe Einsatzbereitschaft überstrapaziert werden könnte. Wenn die Arbeitsbedingungen immer schwieriger und der Arbeitsdruck immer größer werden, wenn die Arbeitszeit der Kolleg:innen zur Verhandlungsmasse gegenüber dem Stabilitätsrat wird, könnte das deren Bereitschaft, sich aktiv in die Ausbildung einzubringen, empfindlich schwächen.

Für eine gelingende Ausbildung ist schließlich im Regelfall auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Auszubildenden und Ausbilder:innen wichtig. Auch hier befürchten wir erhebliche Schwierigkeiten, wenn der Senat seine jüngsten Beschlüsse nicht kritisch überprüft. Mit dem Senatsbeschluss „neue Arbeitswelten“ vom 25.11.2025 hat der Senat vorgegeben, dass zukünftig i.d.R. je 10 Mitarbeitende nur noch 8 Schreibtische zur Verfügung stehen sollen. Mit Desksharing solle dann erreicht werden, dass trotzdem alle tatsächlich Anwesenden einen Arbeitsplatz in der Dienststelle erhalten könnten.

Die Zusammenarbeit zwischen Auszubildenden und Ausbilder:innen ist nur ein Beispiel dafür, dass ein rein rechnerischer Ausgleich zwischen Schreibtischen und Anwesenden keine funktionale und pädagogisch sinnvolle Arbeitsorganisation gewährleistet. Für eine verlässliche Ausbildungsplanung müssen solche Aspekte zwingend mitgedacht werden.

Abschließend danken wir allen Kolleg:innen, die in den ausbildenden Dienststellen und Bereichen, beim Aus- und Fortbildungszentrum und beim Senator für Finanzen eine tolle, engagierte Arbeit für eine gute Ausbildung leisten - als Ausbilder:innen und Anleiter:innen, als Ausbildungsbeauftragte und Lehrer:innen, bei der Zuständigen Stelle und in der übergreifenden Planung von Ausbildung - herzlich für die konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen


Kai Mües
stellv. Vorsitzender